

D r . G ü n t e r B r i e s e

1969



2009

Prom. als Externer mit Untersuchungen zur  
Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen

Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Vier Jahrzehnte Autor  
zu Volkswirtschaftsthemen  
in zwei Wirtschaftssystemen

Frau  
Staatssekretärin Tina Fischer  
- Eilzustellung über Privatadresse -  
15732 E i c h w a l d e

- 1969/70 Letter priv. interdisziplin. Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin mit den Co-Autoren:  
Dr. Wilfried Schaeff, Zentrallabor, f. Plastverarb. Leipzig,  
Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, Techn. Univers. Dresden
- 1966 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Austauschbau Plastverarbeitung um 1975 Analyse des volkswirtsch. Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Univ. Berlin
- 1980 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Zuverlässigkeit KSR-Geräteind.
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plan- zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentr. Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations- Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) zur Bewältigung der Globalisierung noch vor EURO-Einführung (Tobin-Steuer an Oppos.-Parteien Bundestag)
- 2003/04 Vorschläge zur Einführung des BSP als volkswirtschaftliche Kenngröße als Beitrittskriterium zur EURO-Zone, an die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg
- 2008/09 Vorschläge zu kurz- und längerfristigen Maßnahmen zu einer Bewältigung der Welt- Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

Meine Schreiben vom 22.Mai, 13.Juni, 8., 15. und 24.August zum BER-Problem,  
Ihre Schreiben vom 2.Juli und 10.August 2012

Eichwalde, am 30.August 2012  
Az.: Io + EG

Einforderung von grundgesetzlichen Bürgerrechten beim BER-Projekt-  
mit Bezugnahme auf die Landtags-Sondersitzung am 21.August 2012 und die  
Veranstaltung zur Lärmwirkungs-Studie "NORAH" durch Prof.Guski am 29.08.2012  
im Wildauer Volkshaus  
.....

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

im Nachgang zu meinem Schreiben vom 24.August 2012 gestatte ich mir, Ihnen als ebenfalls familiär  
Betroffener anliegend folgende Unterlagen z.K. zu geben:

- Presse-Erklärung zur Landtags-Sondersitzung am 21.August 2012, "Bürgerinformationsbedarf und Bürgerprobleme ohne Auswirkungen auf Regierungshandlungen?" vom 22.August 2012;
- Übersichts-Tabellen zum Schallschutz-Kompromiß "Krumme Null" der Landesregierung Brandenburg vom August 2012 zur Rechtssituation als "Auslegung" von Planfeststellungsbeschluß und aktuellem OVG-Urteil unter Abschätzung möglicher Folgen" vom 29.August 2012;
- Zusammenstellung von Pressemeldungen zum Kompromiß "Krumme Null":
  - . "Billiglärmschutz ist vom Tisch", MAZ 17.August 2012 S.1,
  - . "Sind Sie jetzt zufrieden? Christoph Schulze über strengeren Schallschutz am Flughafen", MAZ 23.August 2012 S.19,
  - . "Wogen glätten sich ...", BLICKPUNKT 25.August 2012 S.1,
  - . "Grundübel bleibt der Standort", MAZ 23.August 2012 S.16;
- Initiative Frankfurter Ärzte, Offener Brief vom 1.August 2012.

Aus letztgenanntem Beitrag ist ersichtlich, daß ein Verschieben angeblich erforderlicher weiterer Grundlagenforschung zu besserem Schallschutz zum angeblichen Nutzen Betroffener vor dessen Realisierung bis zur geplanten BER-Eröffnung aus sachlichen Gründen nicht als "Feigenblatt" für 's Nichtstun geeignet ist.

Und wenn Herr SPD-Generalsekretär Holzschuher die Lärm-Demo vor dem Haus von Prof.Schwarz in Babelsberg als "unzulässigen politischen Eingriff" in dessen Privatsphäre kritisiert, obwohl das Fernsehen das Meßergebnis eines Demo-Auflagen-Kontroll-Polizisten von weniger als 69 dB(A) zeigte, aber schon jetzt am Eichwalder Bildungszentrum mehrfach Fluglärm-Meßwerte zwischen 80 und 84 dB(A) gemessen wurden und in der Presse zur ILA stand, daß es dann "täglich höchstens 19 Überschreitungen des Lärmwertes 94 Dezibel" geben werde, nicht aber, daß gem. ILA-Info-Vortragsveranstaltung im Schulzendorfer Rathaus Maximalpegel bis 111 dB(A) erwartbar sind, dann erweist

sich Herr Holzschuher entweder als von nichtfachlichen oder aber von bürgerrechtsignoranten Auffassungen geprägt

Schließlich war auch die BER-Standort-Entscheidung keine fachliche, sondern politische mit exorbitanten Störungen der Privatsphäre vieler Bürger, nach derzeitigen Plänen für unbegrenzte Zeit!

Dürfen schuldlose Bürger ohne weiteres stärker in ihrem Privatleben gestört werden als diejenigen, welche für diese Störungen zumindest mitverantwortlich sind?

Eine obstruse Politiker-Logik!

Mögen möglichst viele Bürger das SPD-Sommerfest am 31.August 2012 auf dem Königs-Wusterhausener Kirchplatz nutzen, diese Erkenntnisse unserem Ministerpräsidenten zu vermitteln!

In der Hoffnung, Sie, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, überzeugt zu haben, verbleibe ich mit der Bitte um Ihre Unterstützung vorgenannter Argumentation gemäß Ihnen gegebenen Möglichkeiten

mit freundlichen Grüßen



- Dr.G.Briese -

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlagen

c./o. Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

oo

Eichwalde, am 29. August 2012

Übersichts-Tabellen

zum Schallschutz-Kompromiß "Krumme Null" der Landesregierung Brandenburg vom August 2012  
 zur Rechtssituation als "Auslegung" von Planfeststellungsbeschluß und aktuellem OverwG-Urteil  
 unter Abschätzung möglicher Folgen

1. Rechtsanalyse

Die Grundfrage lautet: Kann der Kompromißvorschlag für die Tageszeit "Krumme Null" der Landesregierung Brandenburg als rechtskonforme Deutung von PFB und OverwG-Urteil angesehen werden?

Untersucht werden sollen hierzu:

- a) die Sicherstellung der Spitzenschallpegel-Obergrenze in geschlossenen Räumen,
- b) die Sicherstellung des Verbotes der Überschreitung dieser Schallpegel-Obergrenze,
- c) die Sicherstellung der Kontrolle der Einhaltung der Schallpegel-Obergrenze, und des Verbotes der Überschreitung dieser,
- d) die Sicherstellung schneller Reklamationsmöglichkeit des Verbotes der Überschreitung der Schallpegel-Obergrenze.

zu a):

	! Schallpegel-Obergrenze		! gem. OverwG-Urteils-Deutung "Krumme Null"
	! gemäß PFB und OverwG-Urteil	!	!
Vorhanden?	! ja: 55 dB(A)	!	! nein: keine Wertangabe
Übereinstimmung gegeben?	!	!	! nein, keine Übereinstimmung

zu b):

	! Verbot der Überschreitung der Schallpegel-Obergrenze		! gem. OverwG-Urteils-Deutung "Krumme Null"
	! gemäß PFB und OverwG-Urteil	!	!
vorhanden?	! ja	!	! nein
Übereinstimmung gegeben?	!	!	! nein, keine Übereinstimmung

zu c):	!	Sicherstellung der Kontrolle der Einhaltung der Schallpegel-Obergrenze und des Verbotes der Überschreitung dieser	!
	!	gemäß PFB und OVerwG-Urteil	! gem. OVerwG-Urteils-Deutung "Krumme Null"
Möglichkeit gegeben durch einfaches Handmeßgerät bei Einmal-Messung?	!	ja	! nein: automatisch arbeitendes Meßgerät mit Rechneranschluß zur Auswertung und Datenspeicher erforderlich
Übereinstimmung gegeben?	!	nein, keine Übereinstimmung	

zu d):	!	Sicherstellung schneller Reklamationsmöglichkeit der Verbots-Überschreitung bzw. auch nur der OVerwG-Urteils-Deutung "Krumme Null"	!
	!	gemäß PFB und OVerwG-Urteil	! gem. OVerwG-Urteils-Deutung "Krumme Null"
Möglichkeit sofortiger Reklamation bei Überschreitung gegeben?	!	ja	! nein: ob die Anzahl der mittleren Überschreitungen/ Tag kleiner als 0,5 beträgt, kann oft erst nach mehrwöchigen oder mehrmonatigen Aufzeichnungen errechnet werden; das erforderliche Meßzeit-Maximum kann ein Jahr betragen
Übereinstimmung gegeben?	!	nein, keine Übereinstimmung	

2. Zusammenfassung zu Abschn. 1.

	!	Übereinstimmung bei den Einzelpunkten zu Abschn.1. gegeben?	!	Übereinstimmung insgesamt gegeben ?
A) Schallpegel-Obergrenze	!	nein	!	n e i n
b) Verbot der Überschreitung der Schallpegel-Obergrenze?	!	nein	!	
c) Sicherstellung der Kontrolle der Einhaltung u. des Verbots der Überschreitung?	!	nein	!	
d) schnelle Reklamation ?	!	nein	!	

Kann gem. vorstehender Zusammenfassung der Kompromißvorschlag "Krumme Null" als rechtskonforme Auslegung der Festlegungen gem. Planfeststellungsbeschluß (PFB) und Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zur 55dB(A)-Grenze ausgelegt werden?

Die Antwort lautet eindeutig: **n e i n !**

3. Rechtliche, gesundheitliche, schallschutztechnische und finanzierungstechnische Bemerkungen zu Folgen des Kompromißvorschlages "Krumme Null" der Landesregierung Brandenburg

Frage zu einzelpunkten	! A n t w o r t zu als möglich erachteten Folgen ! der Rechtsinkonformität der PFB- und OVerwG-Urteils-Deutung als ! "Runde Null" seitens der Landesregierung Brandenburg ! aus der Sicht der Ergebnisse des 115.Deutschen Ärztetages (Tageszeit)
zur Auslegung des Schallschutzes	! ! Max.-Pegel 55dB(A) gilt als Mindestforderung ! (gesundheitlich nicht ausreichend)
zum Zeitpunkt der Realisierung des Schallschutzes	! vor BER-Betriebsbeginn ! gem. Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes ! des Landtages Brandenburg und gesundheitlichen Erfordernissen
zur Ausführbarkeit des Schallschutzes gem. PFB nach Aussagen FBB GmbH	! ca. 85% der ca. 15.000 Häuser sind technisch nicht ausreichend ! mit Schallschutz versehbar (Entschädigungsregel vorgesehen)
Kosten der vorgesehenen Entschädigungsregel (Überschlagsrechnung)	! 30% des Immobilienwertes der nicht technisch schützbaeren Häuser: ! $0,3 \times 100000 \text{ EURO} \times 0,85 \times 15000 = \text{ca. } 500.000.000 \times 0,85 \text{ EURO}$ ! $= \text{ca. } 400 \text{ Mill. EURO}$
Folgekosten für die Entschädigung zu den restl. 70% Immobil.-Wert wegen schuldhafter Rechtsverletzung (Überschlag) *)	! $400\,000\,000 \text{ EURO} \times (0,7 / 0,3)$ ! $= \text{ca. } 930 \text{ Mill. EURO}$
Schallschutz für restliche Gebäude, angenähert gem. ursprünglichem FBB-Plan (Überschlag) **)	! $\text{ca. } 150 \text{ Mill. EURO}$
Mögliche Gesamtkosten zum Schallschutz bis BER-Eröffnung (Überschlag) ***) bzw. danach (70% Imm.-Wert)!	! $\text{ca. } 1500 \text{ Mill. EURO}$
Einschätzung der Finanzierbarkeit des BER-Projektes ****)	! unter den in vorherigen Ausarbeitungen angeführten ! Umständen erscheint eine Sicherstellung der BER- ! Finanzierbarkeit durch die Öffentliche Hand als ! nicht mehr durchführbar

\*) m.W. sind für Entschädigungen aus "gesellschaftlichen Gründen" allg. nur bis 50% üblich, aber hier liegt m.E. ein besonderer Fall vor

\*\*\*) Es ist fraglich, ob diese Mittel ausreichen, da bisher keine Be-/Entlüftungs-Lösung mit erforderlichen Filtern und Wärmerückgewinnung gem. rechtlichen und gesundheitlichen Erfordernissen vorgesehen war und m.W. ist

\*\*\*\*) Der finanzielle Mehrbedarf für zusätzliche BER-Bau-Mehrkosten, Entschädigungen wegen Zeitverzuges und Prozeßkosten kommen noch hinzu!

\*\*\*\*\*) Vorstehende Betrachtung gilt nur bei Sanktionierung des ICAO Doc.9184-Rechtsverstößes!



# OberVG-Urteils-Interpretation, "Krimme Null" und Kommentare

MAZ 17.08.2012 S.1

## Billigschallschutz am BER ist vom Tisch

Flughafen-Aufsichtsrat: Hängepartie um Eröffnung geht weiter

Von Torsten Gellner

**SCHÖNEFELD** | Der von der Flughafengesellschaft angestrebte Billig-Schallschutz für die Anwohner rund um Schönefeld (Dahme-Spreewald) ist vom Tisch. Der Aufsichtsrat stimmte gestern geschlossen für einen entsprechenden Antrag Brandenburgs. Wann der Flughafen den Betrieb aufnimmt, ist dagegen ebenso weiter unklar wie die Finanzierung. Grund ist das Planungschaos, das offensichtlich weitaus größer ist als bislang angenommen. Der neue Technikchef Horst Amann, von dem eine endgültige Terminzusage abhängig ist, sprach nach der Sitzung von fehlenden Unterlagen und weiteren Mängeln, die über die Brandschutzprobleme hinausgehen. Auf Initiative von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) forderte der Aufsichtsrat Flughafenchef Rainer Schwarz auf, den bereits eingereichten Antrag auf Aufweichung der Lärm-schutzziele zurückzuziehen.

Zurückziehen muss das Unternehmen auch die Klage gegen das strenge Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Das hatte entschieden, dass im Rauminnen normale Gespräche (55 Dezibel) tagsüber nie von Fluglärm übertönt werden dürfen. Diese Auflage wird nun so interpretiert, dass ein Durchschnittswert von knapp unter 0,5 Überschreitungen pro Tag erlaubt ist. „Ich bin sehr froh, dass wir diese einvernehmliche Lösung gefunden haben“, sagte Platzeck, der von einem exzellenten Schallschutz sprach.



Matthias Platzeck FOTO: MAZ/D.S.

Die Kosten stehen noch nicht fest. Der Kompromiss dürfte jedoch mit etwa 400 Millionen Euro zu Buche schlagen. Keine konkreten Ergebnisse brachte die mehr als achtstündige Sitzung bei der BER-Finanzierung. Bundesverkehrsstaatssekretär Rainer Bomba (CDU) sagte, für verlässliche Aussagen sei ein genauer Terminplan nötig. Doch der liegt weiter nicht vor. Technikchef Amann soll bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung am 14. September nun eine verlässliche Bauplanung vorlegen. Offenbar sind die Zustände, die Amann auf der Baustelle vorgefunden hat, chaotisch, auch wenn der Ingenieur dieses Wort vermied. „Es fehlen Bauausführungspläne in vielen Bereichen“, sagte er und sprach angesichts des Baufortschrittes von „sehr unterschiedlichen Fertigungsgraden“. Nun müssten die fehlenden Unterlagen schnellstmöglich beschafft werden. „Ohne diese Pläne gibt es keinen geordneten Bauprozess“, sagte er. ▶ 5

MAZ 23.08.2012 S.19

## Sind Sie jetzt zufrieden?

Christoph Schulze über strengeren Schallschutz am Flughafen

Mit dem fraktionslosen Zossener Landtagsabgeordneten und SPD-Rebell Christoph Schulze sprach Hartmut F. Reck.

**MAZ:** Die Flughafengesellschaft klagt nun doch nicht gegen die strengen Schallschutzaufgaben. Sind Sie zufrieden?  
**Christoph Schulze:** Ich sehe nicht, dass da jetzt alles in Butter ist. Wir werden genau prüfen und beobachten, wie die Landesregierung agiert. Vorsicht ist bei den Erfahrungen eine vernünftige Regung.

Jetzt scheint die Landesregierung doch reagiert zu haben.  
**Schulze:** Aber erst, als ihr im Juni das Oberverwaltungsgericht mit seinem Gerichtsschluss aufs Dach gestiegen ist. Da wurde das Infrastrukturministerium dann ganz hektisch. Es hatte 2004 den Planfeststellungsbeschluss mit null mal 0,55 Dezibel genehmigt, und dann macht die Flughafengesellschaft sechs mal 0,55-Dezibel-Überschrei-

tungen daraus. Das haben die Aufsichtsbehörde und der Aufsichtsrat angeblich acht Jahre nicht registriert. Das ist doch völlig unglaubwürdig.

**Das ist ausgeräumt, oder?**  
**Schulze:** Von wegen. Erst wird der große Diebstahl gedeckt, und jetzt versucht man, wenigstens den kleinen Diebstahl zu vollziehen, indem es alle drei Tage einmal lauter sein darf als 0,55 Dezibel. Wenn man einen Schallschutz festlegt, muss man ihn einhalten und nicht Politik nach Kassenlage machen. Entweder es herrscht grenzenlose Inkompetenz oder es wurde gelogen. Beides ist nicht tolerierbar.

**Gibt es denn Hoffnung, dass sich etwas ändert?**  
**Schulze:** Es würde mich freuen, wenn die Landesregierung und insbesondere die SPD die Kurve kriegen. Ich hege aber Zweifel. Ich notiere

mir die Versprechen und werde sie überprüfen. Bisher ging leider Wirtschaftlichkeit vor Gesundheit. Anstatt die Menschen zu schützen, schützten Regierung und SPD eine Staatsfirma, die wilde Sau spielt.

**Wie sehen Sie die Zukunft Ihrer SPD?**  
**Schulze:** Die SPD hat noch die Chance, die schlechten Dinge umzukehren. Wir werden sehen, ob sie es tut und wie die Menschen das bei der nächsten Wahl bewerten.



Schönefeld-Kritiker Christoph Schulze.

FOTO: MIKE JENTSCH

**Wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft?**  
**Schulze:** Ich bin meinen Wählern verpflichtet. Eine Kandidatur 2014 ist ungewiss und zurzeit nicht mein Thema. Ich arbeite für die betroffenen Gemeinden und Bürgerinitiativen, indem ich im Landtag kleine Anfragen und Anträge stelle, um die Regierung und das Parlament zu zwingen, Farbe zu bekennen.

BLICKPUNKT 25.08.2012 S.1

## Wogen glätten sich

Flughafen zieht seinen „Klarstellungsantrag“ zurück

**Schönefeld.** Wie im Vorfeld angekündigt, hat die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB) mit Datum vom 20. August ihren so genannten „Klarstellungsantrag“ gegenüber dem Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft auch förmlich zurück genommen. Sehr zu Freude von Brandenburgs Infrastrukturminister Jörg Vogel-sänger: „Ich begrüße es sehr, dass der Flughafen die Beschlüsse des Aufsichtsrates zügig umgesetzt hat. Jetzt kann verlorenes Vertrauen der Menschen in der Flughaf-

enregion wieder zurück gewonnen werden. Der nun festgelegte Schallschutz gehört zum Besten, was es in Deutschland und auch im internationalen Vergleich gibt.“ Darüber hinaus hat sich der Flughafen verpflichtet, die Bemessung der Schallschutzaufgaben gemäß dem Ministeriumsbescheid vom 15. August umzusetzen. Dieser fußt auf der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin Brandenburg vom 15. Juni. Die Planfeststellungsbehörde hatte in ihrem Bescheid festgelegt, dass

ein Maximalpegel von 55 Dezibel weniger als 0,5 Mal am Tag überschritten werden darf und diese Festlegung nach Ansicht der Behörde im Einklang mit der Entscheidung des OVG steht. Doch auch die neuen Schallschutzstandards erhitzen die Gemüter. Opposition und Flughafengegner geben sich nicht mit der vom Aufsichtsrat der FBB in der Vorwoche beschlossenen Regelung zufrieden. Sie warfen Ministerpräsident Matthias Platzeck, der sich für diese Regelung stark gemacht hatte, Rechtsbruch vor. red

MAZ 5.16  
23. AUGUST 2012

## FLUGHAFEN „Grundübel bleibt der Standort“

**KÖNIGS WUSTERHAUSEN** | Für Flughafenchef Rainer Schwarz könnte es eng werden. Laut Berliner Morgenpost will ihn der Aufsichtsrat am 14. September entlassen. Für Erleichterung bei den Flughafengegnern in der Region hat diese Nachricht nicht gesorgt. „Grundübel bleibt der Standort“, sagt BVBB-Sprecher Kristian-Peter Stange. Schwarz' Entlassung käme nur den Steuerzahler teuer zu stehen. Von rund 1,2 Millionen Euro Abfindung ist die Rede. Der BVBB sieht im Aufsichtsrat die Schuld-

gen. Diese hätten damals eine verheerende politische Entscheidung gefällt. „Schwarz wäre nur das Bauernopfer“, sagt Stange. Selbst wenn er seinen Posten räumen muss, werde der BER noch lange wie ein Fluch über der Region liegen.

Carl Ahlgrimm, der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden hält nichts von Personaldiskussionen. „Am Flughafen ist nicht alles gut gelaufen. Ich will aber nicht darüber urteilen, an welchen Personen das gelegen hat.“ Die Schutzgemeinschaft sitze bei Beratungen des Flughaf-



Carl Ahlgrimm FOTOS: MAZ



Rainer Suckow von Gegenlärm.

fens nicht mit am Tisch. Ahlgrimm habe Schwarz immer als Geschäftsmann gesehen, der die Interessen des Flughafens vertritt. „Und die sind nun mal konträr zu unseren.“ Interessant wäre zu wissen, wer auf Schwarz folgt.

Dass sich unter einem neuen Chef etwas ändert, daran zweifelt Rainer Suckow vom Verein Gegenlärm: „Der neue wird die Politik der Eigentümer fortführen. Viel ändern wird sich nicht.“ Der eigentliche Skandal sei der von der Landesregierung vorgeschlagene Kompromiss zum Schallschutz. „Da werden diejenigen über den Nuckel gezogen, die am schwersten Betroffenen sind“, schimpft Suckow. Immerhin habe er einen Vorschlag, was Rainer Schwarz mit seiner Abfindung machen könnte: „Ich hoffe, dass er einen Teil davon für die Förderung des Schallschutzes spendet.“

Überschrift kollidiert mit Inhalt!

Kopie:

Betreff: offener Brief der Initiative Frankfurter Ärzte

Datum: 16.08.2012 09:04:08

## Initiative Frankfurter Ärzte

Offener Brief vom 01. August 2012

Offener Brief der unterzeichnenden Ärzte zur Veröffentlichung von U. Heudorf "Die NORAH-Studie zu Fluglärmwirkungen", Hessisches Ärzteblatt 73: 447-452, 2012

---

### [Anm.d.Red.: Reaktionen auf diesen offenen Brief]

---

Die hier unterzeichnende Ärzteschaft weist mit Nachdruck darauf hin, dass die vorhandenen Studien und Forschungsgrundlagen bereits ausreichend sichere Erkenntnisse darüber bieten, welche Auswirkungen Fluglärm und Emissionen auf die betroffene Bevölkerung haben.

Die Resolution des 115. Deutschen Ärztetages 2012 fordert die Politik unmissverständlich auf, "die Bevölkerung vor den Folgen des Flugverkehrs durch Flugzeugabgase und Lärmemissionen nachhaltig und umfassend zu schützen" und betont weiter, "es ist nicht hinnehmbar, wirtschaftliche Interessen wider besseres Wissen flächendeckend zu Lasten der Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung durchzusetzen."

Diese Forderung ergibt sich, so der Deutsche Ärztetag, aus der "aktuellen wissenschaftlichen Evidenz", die eindeutig ist. Die Entschließung des Deutschen Ärztetages weist klar auf die deutlich zu hohen Grenzwerte im Fluglärmgesetz hin, die in einem offensichtlichen Widerspruch zu vorhandenen Erkenntnissen von nationalen sowie internationalen Studien stehen.

Um jetzt politisch handlungsfähig zu sein, sind nach Auswertung der vorhandenen aktuellen Studienlage weitere Studien, wie z.B. die NORAH-Studie nur kontraproduktiv, da diese auf Jahre ausgelegt sind und so ein erforderliches und sofortiges Handeln zum Schutz der Bevölkerung mit dem Hinweis auf laufende Studien verzögert wird. Es ist absurd, wenn in Kenntnis wissenschaftlich belegter Risiken des Fluglärms und der Abgase für die Gesundheit der betroffenen Menschen die Belastung erst rücksichtslos gesteigert wird, um anschließend die zu erwartenden Auswirkungen in einer Studie zu erfassen.

Insbesondere nach Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest, seit dem 21.10.2011, durch den Frankfurter Flughafen sind tagtäglich weitere, mehr als 100.000 Menschen, einer massiven, maximalen Belastung durch Flugzeugabgase und Lärmemissionen schutzlos ausgeliefert.

Zudem verstößt die NORAH-Studie gegen die Leitlinien und Empfehlungen zur Sicherung von "Guter epidemiologischer Praxis" der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie. Diese legt u.a. eindeutig fest: Epidemiologische Studien müssen im Einklang mit ethischen Prinzipien durchgeführt werden und Menschenwürde sowie Menschenrechte akzeptieren. Mit der NORAH-Studie wird gegen diese Leitlinie vorsätzlich verstoßen. Der Bevölkerung wird eine scheinbare, nicht vorhandene Fürsorge vorgetäuscht, um die gesundheitsgefährdenden Fluglärmbelastungen

nach Belieben weiter zu steigern.

Die Berufsordnung für Ärzte und Ärztinnen in Hessen beschreibt u.a. in ihren Grundsätzen:  
 "...Aufgabe des Arztes ist es, an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Gesundheit der Menschen mitzuwirken."

Um weiteren Schaden von der betroffenen Bevölkerung abzuwenden, sehen wir es als unsere ärztliche Pflicht an, auf diese Umstände hinzuweisen, wie auch zu fordern, dass die Politik durch sofortige geeignete Maßnahmen die Rahmenbedingungen zum ausreichenden Schutz schafft und umgehend, und nicht erst in sechs Jahren auf der Grundlage einer ethisch fragwürdigen Studie, realisiert.

Herr Dr. med. Peter Äugst (Dermatologe)  
 Frau Bäuml Sabine (Allgemeinmedizinerin)  
 Frau Dr. med. Petra Becker (Allgemeinmedizinerin)  
 Frau Dr. med. Rita Beerboom (Gynäkologin)  
 Herr Dr. med. Thomas Beerboom (Urologe/Androloge)  
 Herr Dr. med. dent. Frank Berger (Zahnarzt)  
 Herr Dr. med. Winfried Blum (Chirurg)  
 Herr Dr. med. Karl Böttger (Internist)  
 Herr Dr. med. Stefan Böttger (Arbeits-/Umweltmediziner)  
 Frau Angelika Borgmeyer-Bremm (Kinder u. Jugendlichen Psychotherapie)  
 Herr Dr. med. Berthold Brunner (Radiologe)  
 Herr Privat Dozent Dr. med. Rainer Bürger (Urologe)  
 Herr Dr. med. Hannes Bürkle (Hals/Nasen/Ohrenarzt)  
 Herr Dr. med. dent. Klaus-Peter Dauth  
 Frau Dr. med. Irmgard Derwein-Popp (Kinderärztin)  
 Herr Dr. med. dent. Werner Dettmer (Zahnarzt)  
 Herr Dr. med. Andreas Doermer (Chirurg)  
 Herr Professor Dr. med. Rafael Dudziak (Anästhesist/Intensivmediziner)  
 Herr Dr. med. dent. Helmut Emmer (Zahnarzt)  
 Herr Dr. med. Stefan Fleckenstein (Unfallchirurg und Orthopäde)  
 Frau Dr. med. Daniela Freise (Allgemeinmedizinerin)  
 Frau Stefanie Gödeke-Daub (Allgemeinmedizinerin)  
 Heir Dr. med. Joachim Gotting (Augenarzt)  
 Frau Privat Dozentin Dr. med. Elke Hattingen (Neuroradiologin)  
 Herr Dr. med. Tomas Heinrich (Gynäkologe)  
 Herr Dr. med. dent. Jürgen Heßler (Zahnarzt)  
 Herr Dr. med. Ralf Hilpert (Gynäkologe)  
 Herr Dr. med. Ulrich Höpfher (Internist)  
 Herr Dr. med. dent. Hück (Zahnarzt)  
 Frau Dr. med. Christiane Jakubowski (Internistin)  
 Herr Dr. med. Rainer Jakubowski (Radiologe)  
 Herr Professor Dr. med. Martin Kaltenbach (Internist/Kardiologe)  
 Herr Dr. med. dent. Manfred Kappes (Zahnarzt/Oralchirurg)  
 Frau Dr. med. Karin Kernhof (Psychotherapeutin)  
 Herr Dr. med. Kareem Khan (Internist/Arbeitsmediziner)  
 Herr Norbert Kohout (Gynäkologe)  
 Herr Matthias Knoch (Zahnarzt)  
 Herr Jochen Krauß (Unfallchirurg/Notarzt)  
 Frau Mela Krauß (Ärztin)  
 Frau Dr. med. Brigitte Krümmel-Lorenz (Internistin/Rheumatologin)  
 Frau Dr. med. dent. Elena Leyendecker (Zahnärztin)



Herr Dr. med. dent. Milivoj Krstic (Zahnarzt/Oralchirurg)  
Frau Dr. med. Elke Magnus (Internistin/Psychotherapeutin)  
Herr Dr. med. Harry Mark (Allgemeinmediziner)  
Frau Dr. med. Barbara Merle (Ärztin)  
Herr Dr. med. Steffen Merle (Internist)  
Herr Dr. med. Jens Miklitza (Hals/Nasen/Ohrenarzt)  
Herr Professor Dr. med. Thomas Münzel (Internist/Kardiologe)  
Herr Dr. med. dent. Ingmar Nick (Zahnarzt/Oralchirurg)  
Herr Gerhard Nieder (Psychotherapeut)  
Frau Dr. med. Ute Nüsse (Allgemeinmedizinerin)  
Frau Dr. med. Cristina Panijel-Rath (Allgemeinmedizinerin)  
Herr Dr. med. Alexander Popp (Gynäkologe)  
Herr Privat Dozent Dr. med. Dr. med. dent. Rainer Raiin (Arzt/Zahnarzt/Oralchirurg)  
Herr Dr. med. Burkhard Reiche (Internist)  
Frau Dr. med. Elisabeth Reiche (Allgemeinmedizinerin)  
Frau Claudia Reiche (Gynäkologin)  
Herr Dr. med. Winfried Roos (Urologe/Androloge)  
Frau Dr. med. Nasrin Sabet (Gynäkologin)  
Herr Dr. med. Hennann Schmid (Urologe)  
Herr Professor Dr. med. Ernst Scheuermann (Internist/Nephrologe)  
Frau Dr. med. dent. Friedrike Scheuermann (Zahnärztin)  
Frau Dr. med. Johanna Scheuermann (Internistin/Gastroenterologin)  
Frau Dr. med. Christa Schlierf (Internistin/Psychotherapie)  
Frau Dr. Ingrid Schmidt (Zahnärztin/Kieferorthopädin)  
Herr Dr. Timm-Peter Schmidt (Zahnarzt/Kieferorthopäde)  
Herr Dr. med. Kosta Schopow (Internist)  
Herr Dr. med. dent. Gisbert Schulz Freywald (Zahnarzt/Oralchirurg)  
Frau Dr. med. Maria Seidel-Wiesel (Ärztin)  
Herr Professor Dr. med. Volker Seifert (Neurochirurg)  
Herr Professor Dr. med. Wolf Singer (Hirnforscher)  
Herr Dr. med. Wolfgang Steinhoff (Dermatologe)  
Frau Dr. med. Christiane Stephan-Seffer (Allgemein-/Sportmedizinerin)  
Herr Dr. med. Guido Stöppel (Internist)  
Frau Dr. med. Nicola Strnad-Trojan (Pädiaterin)  
Herr Dr. med. Rainer Strnad (Radiologe)  
Herr Dr. med. Konrad Stubbig (Anästhesist/Schmerztherapeut)  
Herr Privat Dozent Dr. med. Claudius Teupe (Internist/Kardiologe/Intensivmediziner)  
Frau Dr. med. Amiette Teupe (Ärztin)  
Herr Professor Dr. med. Jörg Trojan (Internist/Gastroenterologe)  
Herr Dr. med. dent. Mathias Varnai (Zahnarzt)  
Herr Dr. med. dent. Joachim Weiß (Zahnarzt)  
Frau Dr. med. dent. Karin Weiß (Zahnärztin)  
Herr Professor Dr. med. Manfred Wiesel (Urologe)  
Frau Dr. med. Miriam Wiesenhütter (Anästhesistin)  
Herr Dr. med. Michael Wilk (Allgemeinmediziner)  
Herr Dr. med. dent. Peter Wüst (Zahnarzt)  
Herr Wolfgang Wüst (Zahnarzt)  
Herr Professor Dr. med. Rolf Zander (Arzt/Physiologe)  
Frau Dr. med. Marie Christine Zuccaro (Gynäkologin)